



Kanzler der Einheit

derStandard.at/Cartoons

Ein unwürdiges Spektakel

Das Gezerre um die Trauerfeier hat Helmut Kohl nicht verdient

Alexandra Förderl-Schmid

Er möge in Frieden ruhen: Das Gezerre rund um Helmut Kohl ist wie eine makabre Daily Soap, die man gleichermaßen gebannt und angeekelt verfolgt. Da werden persönliche und politische Feindschaften ausgetragen, die über den Tod des deutschen Altkanzlers hinausgehen.

Ein menschliches Drama ist der Umgang der jungen Witwe Maike Kohl-Richter mit den Söhnen und Enkelkindern. Dass ihnen sogar von der Polizei ein Besuch im Elternhaus verweigert wird, zeugt von einem persönlichen Rachefeldzug. Dass der langjährige *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann als Dauertrauergast nicht von ihrer Seite weicht, ist ein weiterer merkwürdiger Aspekt. Die höchstpersönlichen Familiengeschichten sind erstmals in Zusammenhang mit dem Freitod seiner Frau Hannelore 2001 an die Öffentlichkeit gelangt. Dass er nicht einmal seinen Söhnen die Todesnachricht persönlich überbrachte, sondern dies seine Sekretärin erledigen ließ, zeigt das menschliche Scheitern dieses großen Politikers.

All das schmälert nicht die Verdienste Kohls, der zu den großen Kanzlern Deutschlands gehört und in eine Reihe mit Konrad Adenauer und Willy Brandt zu stellen ist. Er war ein Ausnahmepolitiker in Europa, weshalb für ihn ein erstmals auszurichtender europäischer Trauerakt am 1. Juli angemessen ist. Denn nicht nur die deutsche Wiedervereinigung, die Kohl, die Gunst des Augenblicks nutzend, mit sicherem Instinkt durchgezogen hat, ist sein bleibendes Erbe, sondern auch Fortschritte bei der europäischen Integration.

Die deutsche Wiedervereinigung war ein Projekt, das es politisch zu managen galt und Kohl auch die Wiederwahl 1990 sicherte. Die meisten Bürger mussten nicht davon überzeugt werden, sondern wollten dies. Der CDU-Politiker traf jedoch nachhaltige, fatale Fehlentscheidungen: etwa bei der Privatisierung ostdeutscher Betriebe oder mit dem 1:1-Umtauschkurs. Ihm ist aber zuzugestehen, dass es kein Best-Practice-Beispiel gab und man hinterher immer klüger ist.

Anders verhält es sich mit dem Euro. Kohl wusste, dass eine stärkere Verzahnung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer unabdingbare Voraussetzung für eine gemeinsame Währung ist, er entschied sich jedoch politisch dagegen. Dabei gab es keinen

Zeitdruck wie nach dem Fall der Mauer. Deshalb ist Kohl für die Krise in der Eurozone mitverantwortlich. Auch das gehört zu seinem Vermächtnis.

Zu seinen Verdiensten gehört, dass er von Marktplatz zu Marktplatz zog, um den Deutschen zu erklären, warum sie von der D-Mark Abschied nehmen mussten. Er sah dies als Bringeschuld für Europa an. Dass aber die europäische Gedenkfeier von Kohls Freund Jean-Claude Juncker und dessen Witwe auch eingefädelt worden ist, um einen Staatsakt in Deutschland zu verhindern, zeigt die Auswirkungen von politischen Feindschaften

über den Tod hinaus. An der Spitze eines solchen Aktes wäre Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gestanden, der als SPD-Minister Untersuchungen, ob Kohl am Ende der Amtszeit Akten hat vernichten lassen, veranlasst hat. Widersprüchliche Angaben gibt es dazu, ob die Witwe mit der Gedenkfeier in Straßburg Kanzlerin Angela Merkel, die sich wegen der CDU-Spendenaffäre von Kohl distanziert hat, als Rednerin verhindern wollte.

All das ist ein unwürdiges Spektakel, das sich Kohl nicht verdient hat. Aber das er mitverursacht hat.

KOPF DES TAGES

Staatsanwältin und resolute Querulantin

Wie es Venezuelas Regime mit Andersdenkenden hält, hat Luisa Ortega Díaz lange geleugnet – und dann am eigenen Leib erfahren. Jahrelang führte die Generalstaatsanwältin ein bequemes Leben im Windschatten der sozialistischen Regierung und legitimierte die Unterdrückung von Kritikern.

Auserwählt wurde sie einst vom inzwischen verstorbenen Staatschef Hugo Chávez, weil sie als linke Verteidigerin der Menschenrechte galt und 1989 die brutale Niederschlagung der Volksproteste durch die Sicherheitskräfte verurteilt hatte. Doch als sie im April verkündete, die Übernahme der gesetzgebenden Funktion durch das Oberste Gericht breche die Verfassung, wurde sie in den Augen der nun Herrschenden von der Heldin zur Staatsfeindin. Prozesse gegen Oppositionelle landen seither vor Militärgerichten statt auf ihrem Schreibtisch.

Als „Verrückte“, „Nutte“, „Faschistin“, „Verräterin“ wird die 59-Jährige mit der randlosen Brille und den klassischen Blazern jetzt beschimpft. Sie darf nicht ausreisen, ihre Bankkonten sind eingefroren. Sie und ihre Familie würden vom Geheimdienst beschattet, schilderte Ortega Díaz bei einer ihrer Pressekonferenzen, die stets die Alarmglocken im Regierungslager schrillen



Luisa Ortega Díaz legt sich mit Venezuelas Präsident Nicolás Maduro an.

Foto: Reuters

lassen. Die sachlich auftretende Juristin ist gefährlich für die Machtgelüste der Regierungsklique. Denn die Generalstaatsanwältin ist laut Verfassung die Einzige, die Amtsenthebungsverfahren gegen die übrigen Staatsgewalten einleiten kann: von Richtern bis hin zu Machthaber Nicolás Maduro selbst.

Drei Prozesse hat sie seit April angestrengt: einen zur Annullierung der verfassungsgebenden Versammlung, zwei zur Amtsenthebung von 40 Richtern des Obersten Gerichtshofs, die im Handstreich ernannt worden waren oder Rechtsbruch begangen hatten. „Diese Frau kann einen Bürgerkrieg vom Zaun brechen“, warnte der Vizepräsident der Sozialistischen Einheitspartei (PSUV), Pedro Carreño, der vom regierungstreuen Obersten Gericht ihre Amtsenthebung einleiten ließ.

Unklar ist, was die sportliche Frau mit dem blondgefärbten Pagenschnitt zum Bruch mit Maduro veranlasst hat. Ortega Díaz, die von ihren Mitarbeitern und auch von linken Dissidenten unterstützt wird, könnte das Regierungslager auseinanderbrechen lassen. Beim Prozess zu ihrer Entmachtung wirkte sie gefasst – wissend, dass das letzte Wort beim Parlament liegen wird, in dem die Opposition die Mehrheit hat.

Sandra Weiss